

Die politische Kehrtwende wird kommen

Im freien Fall

von Hans-Georg Maassen, ehem. Chef des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz

Inzwischen hat auch das Ausland verstanden, dass Deutschland nicht mehr das Deutschland ist, das es einmal war, das viele wegen Ordnung, Disziplin, Fleiss, Genauigkeit, Pünktlichkeit, Realitätssinn und weiterer Tugenden geachtet, benieden oder gefürchtet haben – oder das von andern einfach nur für bieder, langweilig und autoritätsgläubig gehalten wurde.



Das Deutschland der preussischen Tugenden ist untergegangen und verloren. Jeder, der Deutschland – und vor allem seine Grossstädte – kannte und in der letzten Zeit besuchte, musste das genaue Gegenteil von dem wahrnehmen, was es einmal war. Ein Gradmesser des gesellschaftlichen Niedergangs ist immer die Infrastruktur. Strassen

sind marode und werden kaum ausgebessert.

Aus Tagesbaustellen ist eine unüberschaubare Zahl von Jahresbaustellen geworden, wo nichts geschieht. Brücken stürzen wegen Bauqualität einfach ein wie jüngst die Carolabrücke in Dresden. Aus der sprichwörtlichen Pünktlichkeit der Deutschen Bahn wurde die sprichwörtliche Unpünktlichkeit. Die Deutsche Bahn ist im europäischen Vergleich von 27 Bahngesellschaften auf dem drittletzten Platz. Die SBB dagegen ist die pünktlichste Bahngesellschaft. Auch das Bildungswesen ist marode. Früher war das deutsche Universitätssystem vorbildlich, heute ist es bestenfalls Mittelmass. Herausragende deutsche Forscher arbeiten weitgehend im Ausland.

Die Wirtschaft ist im freien Fall, und das nicht erst seit 2024, aber im soeben abgelaufenen Jahr ist es für jedermann deutlich geworden, als Volkswagen ankündigte, Werke zu schliessen. Thyssen-Krupp-Stahl, das Urgestein der deutschen Industrie, kündigte nahezu zeitgleich den Abbau von 11'000 Arbeitsplätzen an. Die Firma Bosch will über 5'000 Arbeitsplätze streichen. Die Deindustrialisierung der deutschen Wirtschaft hat Fahrt aufgenommen und führt wohl zu einer Lawine, die man kaum stoppen kann.

Gesellschaftliche Destabilisierung

Hinzu tritt die gesellschaftliche Destabilisierung durch die millionenfache Masseneinwanderung seit 2015. Keiner weiss genau, wie viele Migranten überhaupt gekommen sind. Durch die Gender- und Klimaideologie werden alle Werte des Bürgertums in Frage gestellt und dem Diktat der herrschenden Ideologie unterworfen. Kritik daran kann geussert werden, aber man muss aufpassen, was man sagt. Wenn man die falsche Partei unterstützt, kann man seinen Job verlieren und als Unternehmer ruiniert werden. Der Verfassungsschutz kümmert sich neuerdings um Bürger, die aus seiner Sicht den Staat



delegitimieren und Politiker verächtlich machen. Berechtigte, aber polemische Kritik kann schnell Strafverfahren nach dem neuen Straftatbestand der Politikerbeleidigung oder wegen Volksverhetzung auslösen.

Der Bundespräsident und Spitzenpolitiker reden immer wieder von innerem Zusammenhalt – aber das Land war noch nie so tief gespalten wie heute, nämlich in jene, die andächtig der Mainstream-Meinung folgen, und jene, die eine grundlegende Politikwende fordern.

Man könnte im Ausland über Deutschlands kollektiven gesellschaftlichen und ökonomischen Selbstmord den Kopf schütteln, es als Hippie-Republik verlachen oder Schadenfreude empfinden. Allerdings ist das zu kurz gedacht. Wäre Deutschland ökonomisch so stark wie Griechenland und politisch so bedeutend wie Luxemburg, könnte man das tun. Aber Deutschland ist nicht nur das grösste Land in der EU, sondern von der deutschen Wirtschaft hängt mittelbar oder unmittelbar der Wohlstand vieler europäischer Staaten ab. Auch das Brüsseler Transferleistungssystem, von dem viele süd- und osteuropäische EU-Staaten profitieren, funktioniert nur aufgrund der deutschen Zahlungen. Eine Deindustrialisierung Deutschlands und ein Kollaps der deutschen Gesellschaft haben unabsehbare negative Folgen für alle anderen europäischen Staaten.

Wie konnte es dazu kommen?

Was wir in Deutschland erleben, ist ein unglückliches Zusammentreffen von verschiedenen Entwicklungen. Zum einen eine übersättigte, fast dekadente Bevölkerung, die in hohem Masse unkritisch ist, sich nie um die Zukunft Sorgen machen musste, weil sie nie Armut und Krieg erlebte, und die sich einredete, dass Wohlstand, Rechtsstaat und Demokratie Selbstverständlichkeiten sind, die einfach da sind.

Churz & Bündig

Österreich: Indem die mit Macht und Privilegien reichlich ausgestattete Regierungselite einen nach demokratischen Regeln zustande gekommenen Wahlscheid glaubt missachten zu können, stürzt sie ihr Land ins Chaos.

Deutschland: Indem die reichlich mit Macht und Privilegien ausgestattete Regierungselite nach demokratischen Regeln zustande gekommene Wahlscheide glaubt missachten zu können, stürzt sie ihr Land ins Chaos.

Frankreich: Indem die reichlich mit Macht und Privilegien ausgestattete Regierungselite einen nach demokratischen Regeln zustande gekommenen Wahlscheid glaubt missachten zu können, stürzt sie ihr Land ins Chaos.

Österreich, Deutschland und Frankreich gelten als Kernländer der EU. Muss man in der Missachtung demokratischer Regeln in diesen Ländern ein Abbild der EU-Realität erkennen?

us

Eine Gesellschaft, die nie gelernt hat, um ihr Überleben zu kämpfen und Bedrohungen gar nicht kennt, ist natürlich leichter empfänglich für Ideologien, die einen bestehenden Hang zum politischen Moralismus ausbeuten, indem sie Themen wie Klima- und Umweltschutz, Gender oder Gleichheit mit einem übersteigerten ideologischen Moralismus verbinden und damit die bürgerliche Gesellschaft dazu bringen, sich selbst zu bekämpfen.

Fortsetzung auf Seite 4

**Grünalternative
Rückkehr in die
Steinzeit**
(Die Grünen und Alternativen der Stadt Zürich wollen, dass sich die Stadt nicht mehr am Flughafen beteiligt.)

willustrator.ch
Willi Spirig



Fortsetzung von Seite 3

Es sind zum einen diese ultralinken Ideologen, die schon immer von einer Systemüberwindung und einer kollektivistischen Gesellschaftsordnung träumten und die sich auf ein Heer von naiven, gutgläubigen Anhängern stützen können, und zum andern skrupellose politische und wirtschaftliche Interessengruppen, die mit dem politischen und ökonomischen Niedergang Deutschlands und mit der Verlagerung von ganzen Industrieanlagen ins Ausland Profit machen. Es ist eine Mischung von ideologischem Fanatismus, mangelnder politischer Reife und Träumerei und rücksichtslosem Gewinnstreben. Deutschland ist nicht mehr das Land der Dichter, Denker und Ingenieure, sondern der Träumer, Ideologen und Genderwissenschaftler.

Beginn schon unter Angela Merkel

Das Ganze begann nicht erst mit der so genannten Ampel-Regierung von SPD, Grünen und FDP. Die Grünen sind zwar die ideologischste und fanatischste Partei in der Regierung. Begonnen hatte all das viel früher unter Angela Merkel. Sie war weniger opportunistisch und machtbesessen, wie manche Medien behaupten, sondern sie war aus meiner Sicht eine linksgrüne Ideologin, die ihre sozialistische Grundüberzeugung aus der DDR-Kaderschulung nie abgelegt hatte, und der es aus unerklärlichen Gründen gelang, bis an die Spitze der CDU und des Staates vorzustossen, um dann

zunächst die Partei und dann das Land nach links zu verschieben. Gleichzeitig grenzte sie sie all jene, welche die bisherigen freiheitlichen Positionen der CDU vertraten, aus und stellte sie politisch kalt.

Neuwahlen ohne Politikwende?

Am 23. Februar 2025 wird es zu Neuwahlen in Deutschland kommen. Die bisherige regierende «Ampel-Koalition» von Bundeskanzler Scholz ist zerbrochen. Meinungsumfragen zufolge hat der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz die besten Chancen, nach der Bundestagswahl zum Bundeskanzler gewählt zu werden. Er hat allerdings schon angekündigt, mit der SPD regieren zu wollen. Auch eine Koalition mit den Grünen und dem bisherigen Wirtschaftsminister Robert Habeck, der die katastrophale Wirtschaftspolitik betreibt, hält er nicht für ausgeschlossen. Dagegen will er unter keinen Umständen mit der AfD oder anderen kritischen Parteien wie der Werteunion zusammenarbeiten, die eine Politikwende wollen.

Eine Politikwende wird es deshalb mit Merz leider nicht geben. Er hat sie allerdings auch nie versprochen. Merz hat immer klargemacht, dass er die bisherigen ideologischen Grundlinien der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik von Merkel und Scholz – nämlich der Klima-, Energie- und Migrationspolitik – nicht grundsätzlich in Frage stellen wird. Dafür werden auch seine zukünftigen linken Koalitionspartner sorgen.

Solothurner Regierungsratswahlen vom 9. März 2025

Bereit  mitzugestalten!

Sibylle
Jeker

in den Regierungsrat

Jetzt unterstützen:



www.jeker.so



Es wird vermutlich ein «Weiter so» in allen Politikfeldern sein, wenn auch nicht in der bisherigen Radikalität, sondern eher moderat und in kleinen Schritten. Friedrich Merz war bislang Oppositionsführer im Bundestag und nie durch eine grundsätzliche Opposition gegen den Ökosozialismus der Regierung in Erscheinung getreten; er war eher ein Oppositionsführer im Ökosozialismus, der lediglich dessen Radikalität aber nicht die ökosozialistische Politik an sich in Frage stellte.

Was ist zu tun?

Die Aussichten in Deutschland sind düster. Da ist nichts zu beschönigen. Es wird bei der Bundestagswahl nach derzeitigem Stand keine Politikwende geben, weil es dafür keine parlamentarische Mehrheit geben wird und weil die CDU, die immer noch von Teilen der Bevölkerung mit konservativen Positionen verbunden wird, mit der SPD und den Grünen eine linke Politik durchsetzen wird. Immer mehr Bürger in Deutschland sehen, dass es so nicht weitergehen kann. Und die Zahl der Menschen, die verstehen, was um sie herum geschieht, und die eine Politikwende wollen, nimmt in gleichem Umfang zu wie die Krise in Deutschland. Im Osten begreifen die Leute es vielleicht etwas eher, denn die Menschen haben dort neben der Demokratieerfahrung auch eine Diktaturerfahrung.

Langsam werden die Menschen auch im Westen Deutschlands wach und begreifen, dass wir Politiker haben, die nicht nur Fehler machen, sondern das Land aus ideologischer Verblendung vorsätzlich und absichtsvoll in den Ruin treiben.

Aber die Wahl kommt für sie noch zu früh. Die Realität ist immer konservativ, manchmal kann sie auch brutal sein gegenüber Ideologen, die glauben, dauerhaft gegen die Realität und den Willen des Volkes regieren zu können. Der Absturz wird danach einstweilen weitergehen. Die Rückabwicklung dieses Systemumbaus wird nicht heute oder morgen stattfinden. Aber sie wird kommen.

Hans-Georg Maassen

Hans-Georg Maassen war langjähriger Chef des deutschen Inlandsgeheimdienstes und des Bundesverfassungsschutzes. Er ist Gründer und Vorsitzender der neuen Partei Werteunion, einer Abspaltung von CDU und CSU.

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied
Egerkinger Komitee-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch



Morgendämmerung



Es dämmt in Europa und der Welt. Der Hauch der Veränderung liegt in der Luft – Historisches geschieht oder steht kurz bevor.

In Kanada hat Premierminister Justin Trudeau in diesen Tagen seinen Rücktritt erklärt – die Stimmung im Land deutet vor den Neuwahlen auf einen klaren Rechtsrutsch. Trudeau galt lange als Vorzeigemann des woken, linksliberalen Mainstreams, der die Industriestaaten im letzten Jahrzehnt durchsetzt hat. Trudeau ist das Paradebeispiel des gehypten, woken Politikertyps, der für extreme Gesellschaftsliberalisierung, grün-linke Experimente und lasche Einwanderungspolitik steht. Nun muss er selbst zugeben, dass er mit seiner «progressiven Agenda» gescheitert ist.

In Österreich deutet Vieles darauf hin, dass kein Weg mehr an einer Kanzlerschaft von Herbert Kickl vorbeiführt. Das Machtkartell der Anti-FPÖ-Front hat sich verzockt, der ÖVP-Kanzler warf das Handtuch. Eine «Ösi-Ampel-Koalition» hätte sich nur bilden lassen, wenn sich alle Beteiligten bis zur Unkenntlichkeit verbogen hätten. Wo das hingeführt hätte, hat Deutschland gezeigt. Neuwahlen wollte das Establishment aber auf keinen Fall, weil sie der FPÖ (in Umfragen bei 37 Prozent) einen Erdrutschsieg gebracht hätten. Also müssen seine Gegner nun doch auf Kickl – oft geschmäht, letztlich für seinen Kurs belohnt – zugehen.



In Deutschland steht die AfD mittlerweile bei 21,5 Prozent. AfD-Frontfrau Alice Weidel ist gegenwärtig die beliebteste Kanzlerkandidatin – und hat nun auch noch Elon Musk, den reichsten Mann der Welt, auf ihrer Seite. Das linksliberale Establishment hyperventiliert und jammert über «ausländische Einflussnahme». Wenn die Milliardäre aber auf Linie sind und die richtigen Kreise zur Wahl empfehlen oder finanzieren (George Soros und Bill Gates), ist das nicht der Rede wert...

Wir erleben politisch wahrlich turbulente Zeiten. Auf einmal scheint möglich, was vor Jahren noch undenkbar war. Und Donald Trump wurde ja noch nicht mal als neuer US-Präsident vereidigt!

Was wir aber nicht ausser Acht lassen dürfen: Der Unmut über etablierte Politik und der Wunsch nach Veränderung in der ganzen westlichen Hemisphäre sind nicht das Resultat einer Laune. Sie sind die Folge des objektiv feststellbaren Niedergangs – kulturell, wirtschaftlich, militärisch. Nun müssen «die Rechten» aufräumen, als simpler Akt der Notwehr.

Anian Liebrand